

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
H.-offen u. Verabfolgung: Drag II, Královka 15 • Zeitrub.: 20705, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33555 • Postbedienst.: 37568

12 Jahrgang.

Samstag, 26. November 1932

Nr. 279.

Eine Deputation der Joachimsthaler Bergarbeiter beim Präsidenten Masaryk.

Prag, 25. November. Heute wurde eine zweigliedrige Deputation der Joachimsthaler Bergarbeiter, bestehend aus den Arbeitern Wenzel Müller und Josef Leger, unter Führung des Genossen Abgeordneten Pohl vom Präsidenten der Republik empfangen.

Im Namen der Joachimsthaler Bergarbeiter dankte die Deputation zunächst dem Herrn Präsidenten für die Widmung von 300.000 K zur Bekämpfung und Heilung der Joachimsthaler Bergkrankheit aus dem Jubiläumsfonds, und brachte dann eine Reihe von Wünschen in bezug auf die Verbesserung der Lebens- und Gesundheitsverhältnisse der Joachimsthaler Bergarbeiter zum Ausdruck. Die Deputation überreichte dem Präsidenten auch eine diesbezügliche schriftliche Eingabe.

Der Präsident nahm die Ausführungen der Mitglieder der Deputation mit sichtbar großem Interesse entgegen, informierte sich über Einzelheiten und versprach, darauf Einfluss zu nehmen, daß, was möglich sei, im Interesse der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Joachimsthaler Bergarbeiter getan werde.

Kommunisten als Arbeiterverräter.

Wenn es gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen gilt, verbinden sich die Kommunisten auch mit dem reaktionärsten Bürgertum. Da tun sie um so lieber, je eifriger sie ihre Einheitsfrontschamaine ertönen lassen.

So haben sie am vergangenen Donnerstag bei der Neuwahl des sächsischen Landtagspräsidenten dafür gesorgt, daß statt des bisherigen sozialdemokratischen Präsidenten Wedel der Deutschnationaler Eckardt gewählt wurde. Sie gaben nämlich in der Stichwahl ihre Stimmen für den eigenen Kandidaten ab, wiederholten also das Spiel, das sie bei der Wahl des letzten Reichstagspräsidenten zur Freude der Deutschnationalen und Nationalsozialisten getrieben hatten. Die Garzburger Front hat sich im sächsischen Landtag wieder zusammengefunden und in den Kommunisten einen Bundesgenossen bekommen.

Nicht weniger Klassenverräterisch benahmten sich die Kommunisten am gleichen Tage im Teplich-Schönbauer Stadiparlament. Das hatte den Vorschlag zu beraten. Zur Bekämpfung des beträchtlichen Abganges und zur Wiederherhaltung der sozialen Fürsorge durch die Stadtgemeinde wurde die Festsetzung der Gemeindefinanz mit 350 Prozent vorgeschlagen. Dagegen kämpfte nur vor allem die Partei des Herrn Dr. Stradal — und mit ihr stimmten die Kommunisten gegen die vorgeschlagene Lösung, die nichts anderes bewirkt, als einen Teil der durch die Krise verursachten Lasten auf die Schultern der Besitzenden abzuwälzen.

Hoover fürchtet die Arbeitslosen.

Washington, 25. November. (Reuter.) Das Weiße Haus ist stark besorgt, am Demonstrationen vorzubeugen, welche der kommunistische Verein in Baltimore organisiert hat und die in einer Kundgebung von 400 Erwachsenen und Kindern bestehen. Es wurden drei Personen verhaftet, welche in das Weiße Haus eindringen und dem Präsidenten Hoover eine Petition zu überreichen versuchten, in welcher gegen die Not der Kinder in den Arbeitslosen-Familien protestiert wird. Die Polizei verstreute die Demonstranten und die sich am Platze vor dem Weißen Hause angesammelten Menschenmenge.

Verhaftete Nazis.

Königsberg, 25. November. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte heute früh das Auto des NSDAP-Gauleiters Koch und verhaftete den Chauffeur Philipp. Die Beschlagnahme und Verhaftung sollen mit den Anschlüssen in Königsberg am 1. August im Zusammenhang stehen.

Es kommt doch wieder ein Präsidialkabinett! Ernennung (Papens?) heute mittags.

Berlin, 25. November. Amtlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident empfing heute um 17 Uhr den Führer des Zentrums, Herrn Prälaten Kaas, der ihm über seine heutigen Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstages berichtete.

Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der genannten Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenso wie die Zentrumspartei bereit seien, sich an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen.

Diese Frage ist von den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als im Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend, nicht zugesagt.

Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei erklärte, an sich entspreche die Feststellung der sachlichen Grundlagen für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Überzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis dieser sachlichen Beratungen zeitens- und ortsreicher Stellen keine Folge gegeben würde, habe er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Prälaten für seine Bemühungen.

Mit dem Empfang des Prälaten Kaas sind die Bemühungen um eine parlamentarische Mehrheitsbildung beendet.

Es bleibt jetzt doch nur mehr die Möglichkeit der Bildung einer Präsidialregierung übrig.

Das allgemeine Interesse konzentriert sich naturgemäß auf die Frage, wer der neue Kanzler sein wird.

Diese Entscheidung wird Samstag vormittags fallen. Eine Reihe stimmungsmäßiger Anzeichen lassen auf die Wahrscheinlichkeit schließen, daß der Reichspräsident erneut den bisherigen Reichskanzler von Papen beauftragen wird.

Die Kriegsschulden an Amerika:

Roosevelt gegen Hoover. Lausanner Abkommen in Gefahr.

Paris, 25. November. Wie der Washingtoner Korrespondent des „Paris Post“ meldet, weicht der Standpunkt des künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten Roosevelt in der Frage der Kriegsschulden von jenem Hoovers ab. Roosevelt hält zwar an der Notwendigkeit der Ratenzahlungen für die Kriegsschulden fest, ist aber bezüglich des Vorgehens und der Bedingungen der künftigen Vereinbarung betreffend die Regelung der Schulden und der Ratenzahlungen einer anderen Anschauung. Bezugs der am 15. Dezember fälligen Ratenzahlung für die Kriegsschulden wird eine neue Initiative der Vereinigten Staaten erst im Laufe der nächsten Woche nach der Rückkehr des Staatssekretärs Stimson nach Washington und dem Einlangen der angelobten Antwort der britischen Regierung an die amerikanische erwartet.

London, 25. November. (Reuter.) In britischen parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß das Lausanner Abkommen in Gefahr sei. Es besteht kein Zweifel darüber, daß man sich, wenn eine befriedigende Regelung in der Kriegsschuldenfrage nicht getroffen würde, neuerdings der Reparations- und der europäischen Schuldenfrage zuwenden müssen, die die europäischen Schuldnerstaaten in Lausanne bereits als bereinigt ansehen. Obgleich nicht die geringste Ab-

sicht besteht, eine gemeinsame Front gegen Amerika zu bilden, haben sich die europäischen Mächte durch einen Konsultationspakt verpflichtet, sich gemeinsam über die Schritte zu informieren, die sie in den aus den Lausanner Abkommen sich ergebenden Fragen unternehmen werden.

Das unsolidarische Italien.

Paris, 25. November. Die Pariser Presse beurteilt das Vorgehen der italienischen Regierung, die, bekanntlich bereits angekündigt, daß sie am 15. Dezember d. J. ihre Schuldentrate an Amerika zahlen werde. Die französischen Zeitungen bezeichnen dieses Vorgehen als unsolidarisch und erinnern daran, daß sich auf der Reparationskonferenz in Lausanne gerade Italien stets für den Grundsatz der europäischen Solidarität ausgesprochen hat.

Danneberg-Breitner.

Wien, 25. November. (A.) Der Wiener Gemeinderat hat den Rechnungsabschluss 1931 genehmigt und sodann die Wahl des Landtagsabgeordneten Dr. Robert Danneberg zum städtischen Finanzreferenten an Stelle des zurückgetretenen Stadtrates Hugo Breitner vorgenommen.

Hitlers kalte Füße

Nach der jüngsten Reichstagswahl laien wir im „Tag“ die Schreckensbotschaft, daß Hitler „entschlossener denn je vor den Toren“ stehe. Die Ankündigung war allerdings nicht neu. Vor etwa Jahresfrist schon brüllten die Nazis im preussischen Landtag herum, Hitler stehe vor den Toren Berlins. Sebering erwiderte damals gelassen, er möge doch eintreten, sonst bekomme er kalte Füße. Wie nun die Nachrichten aus dem Reich lauten, werden sich Hitler und seine Mannen erst recht mit warmen Socken versorgen müssen. Bis an die Tore der Nacht sind sie gekommen. Ihre Entschlossenheit sonnt aber nur zum Dankschreiben. Denn, daß sie Kraft und den Mut hätten, dieses Tor mit Gewalt einzubringen, glaubt heute niemand mehr, am allerwenigsten sie selber.

In der Unterhaltung mit Hindenburg über die Regierungsbildung hat Hitler wieder einmal eine tragikomische Rolle gespielt. Als Führer der stärksten parlamentarischen Partei verlangte er den Reichskanzlerposten. Er wurde ihm auch angeboten mit dem Auftrage, eine Mehrheit im Reichstage zu suchen. Die gleiche Berufung erhielt Herrmann Müller nach dem Wahlsieg der Sozialdemokraten im Jahre 1928. Müller suchte und fand eine parlamentarische Mehrheit. Freilich mußte dann die Sozialdemokratie ihre Regierungsmacht mit anderen Parteien teilen, wie es dem Volkswillen und der demokratischen Verfassung entsprach. Auf diesen Vorgang beriefen sich in den letzten Monaten immer wieder die Nationalsozialisten. Im letzten Reichstagswahlkampf antworteten sie stets auf den Vorwurf, Hitler habe mit den 13 Millionen Stimmen nichts anzufangen können: Man hat ihn ja nicht an die Macht herangelassen! Warum wurde Hitler von Hindenburg schlechter behandelt als Herrmann Müller? Das inbrünstige Flehen der Nazis nach demokratischer Regierungsbildung wurde rascher erhört, als ihnen lieb sein mochte. Papen mußte zurücktreten, Hindenburg berief Hitler und bot ihm dieselben Chancen, die er Herrmann Müller gewährt hatte. Doch siehe, der braune Übergabe fand plötzlich ein Haar in der Suppe. Reichskanzler hätte er so gerne werden wollen, doch nicht mit Zustimmung des Reichstages, sondern von Gnaden Hindenburgs.

Die Männer im braunen Hauptquartier, das wiederum in dem hochfeudalen Hotel Kaiserhof zu Berlin aufgeschlagen war — billiger tuns diese famose „Arbeiterpartei“ einmal nicht — vertieften sich aufs Bitten. Ein ruhendes Briefchen nach dem andern sandten sie in die Reichskanzlei. Hindenburg möge doch so gut sein und Hitler Präsidialvollmacht geben, also mit der Befugnis ausstatten, gegen den Reichstag zu regieren und ihn gegebenenfalls wieder aufzulösen, weil das Heil des deutschen Volkes offenbar davon abhängt, alle zwei Monate Neuwahlen zu haben. Welch eine Gaukelei! Hitler ist ausgezogen, Parlament und Demokratie auszuerothen. Wenn vor seinen geschwollenen Ohren nicht graust, der Lärm es in seinem Buch „Mein Kampf“ nachlesen. Zuerst rührte er die Trommel gegen das parlamentarische System. Als dieses erschüttert war und auf dem breiten Rücken der Nazibewegung — so schrieb das Blatt des Herrn Göbbels wörtlich — Papen hinaufgestürzt war und sein halbabsolutistisches System auftrübete, war es Hitler auch nicht recht. Wieder wetterte er gegen „das System“, diesmal gegen das undemokratische System der Papenheimer. Nazi-Präsident Göring a warf sich sogar zum Schützer der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages auf. Hindenburg wollte Hitler und Göring Gelegenheit bieten, das parlamentarische System zu retten und mit dem Reichstage zu regieren. Jetzt sind sie einmal für das autoritative System des Herrn von Papen...

Die Geschichte wird den Führern des deutschen Faschismus einstmals kindliche Einfall nachrühmen. Auf legalem Wege wollten sie die Alleinherrschaft erobern. Von Wahl zu Wahl spürten sie ihre Gefolgschaft mit der Verheißung an, daß nur noch die letzten fünfzig Meter zum Ziel zurückzulegen seien. Diese fünfzig Meter dehnen sich aber wie ein Gummiband. Das deutsche Volk hat den Falschkreuzler die Weisheit in fünf großen Wahlgängen versagt. Was ihnen der klare Volkswille verweigerte und was mit putschistischer Gewalt zu gewinnen sie zu feig sind, fordern sie sozusagen als Gefälligkeit vom alten Hindenburg: die Alleinherrschaft in Deutschland. Es war allerhöchste Komödie, die zuletzt in Berlin gespielt wurde. Während sich die Unterführer über die Antworten an den Reichspräsidenten die Köpfe zerbrachen, fuhr der „Führer“ in großer Toilette und weißgeputzten Wangen in hoher Begleitung in die Oper, wohl um der Menge zu zeigen, daß er keine Sorgen habe. Ein leidenschaftlicher Herzog, der von Koburg war herbeigeeilt und wollte vermittelnd ein Regierungsbündnis Diller-Eugenberg anbahnen. Alles für die Krone. Dem alten Herrn wurde das Spiel zu dumm. Daß Nachfragen nicht durch Schreibbriefe gelöst werden können, hat Hindenburg — der wahrlich kein politisches Genie ist — unschwer begriffen und so ließ er Hitler für die seitenslangen Fleißaufgaben höflich danken und hinzufügen, er könne es mit seinem Eid und Gewissen nicht beantworten, eine Parteidiktatur mit Hitler an der Spitze einzusetzen.

Der Falschkreuzerfascismus hat wieder eine schwere politische Niederlage erlitten und eine moralische dazu, die viel größer ist. Denn der einfache deutsche Staatsbürger wird sich sagen, daß es mit den Heilsszeptern der Falschkreuzer nicht weit her sein muß, wenn sie die freie Konkurrenz mit anderen Parteien scheuen. Wäre ihr Programm wirklich die einzige Rettung für Deutschland, dann hätten sie es auch in einer Koalition durchsetzen können. Es ist aber so, wie ein fränkischer Sozialdemokrat dieser Tage auf unserer Böhmerwaldkonferenz sagte, daß ein parlamentarisches Dilleregime nicht einmal die Kontrolle des schlechtesten Parlaments aushalten würde. So bleibt den Faschisten nur die Wahl zwischen langsamem Abwirtschften in hoffnungsloser Barockstellung, oder raschem Verfall, wenn sie regieren sollen, ohne daß dem Volke zuvor die Ketten einer faschistischen Diktatur angelegt sind. Das nächste Ergebnis des feigen Auskniffens Hitlers vor der angebotenen Verantwortung wird sein, daß eine neue Papenregierung — mit oder ohne Papen — berufen wird. Durch die Tölpelerei der Nazis gewinnt die junterlich-schwerindustrielle, die offen monarchistische Konterrevolution in Deutschland eine willkommene Verlängerung ihrer Herrschaftsdauer gemessen, bis das deutsche Volk einsehen lernt, daß es die Papen und Schleicher nur los wird, wenn es zuvor die Hitler und Göbbels zum Teufel jagt.

Zu den Hamferten des Berliner Kuhhandels gehören auch unsere Nazis. Denn der „Log“ hat kürzlich unter Berufung auf den verstorbenen Abgeordneten Pappe erklärt,

daß den deutschen Dilleregimern doch schließlich nichts übrig bleiben wird, als die Beilegung an einer Koalitionsregierung. Er fügte noch die prophetisch klingenden Worte hinzu:

„Es wird natürlich im Reich — wie vorher in Preußen — keinesfalls zu einer „Nachübernahme“ durch Dilleregimern kommen. Derartige Hoffnungen — und Verführungen — müssen, wenn sie je gehegt wurden, fallen gelassen werden. Was aber nicht nur möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich ist, das ist die führende Beteiligung der reichsdeutschen Nationalsozialisten an der Reichsregierung, sowohl wie an den Regierungen sämtlicher Bundesstaaten. Und damit wird hoffentlich das große Geschrei um den Nationalsozialismus ein Ende finden und dieser in einer Periode ruhiger

Den Staatsbeamten geht es schlecht — wo die Nazis regieren.

Das Ländchen Anhalt wird seit wenigen Monaten von einer Naziregierung verwaltet. Unmittelbar nach den Wahlen hat diese Naziregierung den Beamten auf dem Wege des sogenannten Rollsystems eine Gehaltserhöhung von 12 1/2 Prozent auferlegt. Bisher erhielten die anhaltischen Staatsbeamten ihr Monatsgehalt im Voraus. Die Regierung beabsichtigt nun, die Zahlung derart zu gestalten, daß das Gehalt in der Zeit von acht Monaten so bezahlt wird, daß innerhalb von acht Monaten ein Monatsgehalt eingespart wird. Damit wird aus der Vorauszahlung eine Nachzahlung. Die Beamten erhalten im Laufe von zwölf Monaten nur elf Monatsgehälter. Das haben sie davon, daß sie als Wähler wesentlich dazu beigetragen haben, die Nazi an die Regierung zu bringen.

Um diesen „Erfolg“ der Dilleregierung in Anhalt ganz zu würdigen, muß man wissen, mit welchen Versprechungen die sozialdemokratische demokratische Regierung Dilleregimern belächelt worden ist, die bis dahin ohne eine besondere Gehaltserhöhung ausgenommen war.

Noch immer Zeugenverhör in Iglau.

Iglau, 25. November. Heute ist der 31. Verhandlungstag. Zeuge Ing. Reumann, Stellvertreter des Präsidialrats im Eisenbahnministerium, schildert, wie ihm Krefsa im Vorjahre, es kam am 1. August gewesen sein, von einem Angebot Zamajals im Betrage von einer Million Kronen erzählt und ihn um Rat befragt habe. Da der Zeuge kein Jurist sei, habe er ihn zum Ministerialrat Zrnka geschickt.

Ministerialrat Zrnka vom Eisenbahnministerium sagt aus, daß er Ministerialrat Krefsa kenne. Er wisse sich zu erinnern, daß ihm Ministerialrat Reumann am 1. August 1931, als Zrnka selbst in der Angelegenheit der Mutjowier Kasse einvernommen wurde, erzählt habe, wie Krefsa zu ihm gekommen sei und erklärt habe, daß er beim Untersuchungsrichter und im Untersuchungsausschuß nichts von dem Angebot Zamajals erwähnt habe. Zeuge habe Krefsa vorgehalten, warum er das bei der Untersuchung nicht vorgebracht habe. Krefsa antwortete, er habe nicht daran gedacht. Das zweifelt sprach Ministerialrat Zrnka mit Krefsa Ende Mai. Krefsa fragte, ob er nach Iglau gerufen werden wird. Zrnka sagte ihm, daß er bestimmt gerufen werde und hielt ihm vor, warum er seinen Rat nicht befolgt habe: er habe im Prager Prozeß wiederum

Entwicklung Proben seines Könnens abzulegen vermögen.“

Es ist jetzt nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich, daß auch ohne führende Beteiligung der Falschkreuzler an der Reichsregierung das Geschrei um den Nationalsozialismus in absehbarer Zeit aufhören wird. Noch einige solcher Proben ihres Nichtkönnens und die Generalprobe kann beginnen. Je kälter die Hitze Hitlers beim Anstellen um die von seinen Geldgebern länglich bemessene Nachzahlung werden, desto mehr werden sich die Köpfe unserer Nazigläubigen abkühlen. Die Hoffnung, daß jemals ein Gesandter Hitlers auf dem Stadtplatz vorfahren wird, möge ihr Verführer — den wir aus ritterlichen Gründen hier nicht nennen wollen — für immer und ewig begraben.

nichts über Zamajal ausgefragt. Am 29. Oktober d. J. kam Krefsa neuerdings zu Zrnka und erklärte, daß er die Sache nun melden müsse. Auf die Frage, warum er das nicht schon bei Gericht getan habe, antwortete Krefsa, sein Advokat habe ihm geraten, darüber nicht zu sprechen. Dem Zeugen wurde aufgetragen, diesen Fall bei Gericht zu melden, und so tue er es. Neben dem vorgelegten Aufschreibebogen sagt der Zeuge aus, daß es eine Abschrift des Vertrages sei. Er fügt hinzu, daß die Anmerkungen am Rande kein Mitglied des juristischen Referats geschrieben haben könnten. Wenn die Unterschrift des Ministers echt wäre, würde dieses vom Minister und der anderen Partei unterzeichnete Dokument zur Befreiung verpflichten.

Ministerialrat Dr. Braun, Personalreferent und ehemaliger Untersuchungsrichter, kennt Krefsa vom Sehen, doch hatte er keine näheren Befehleungen zu ihm. Der Zeuge sagt im wesentlichen das gleiche aus wie der vorher einvernommene Zeuge.

Eine deutsche Hausherrenpartei?

Zwischen den Deutschnationalen und den Landbündlern ist in den letzten Tagen, infolge der Versuche des Landbundes, eine Hausherrenpartei ins Leben zu rufen, ein Kampf entbrannt. Die „Zubeiendeutsche Tageszeitung“, welche die letzte Stütze ihrer Partei wanken sieht, zieht mit schwerem Geschütz los und stellt nichts weniger als das Ende des deutschen Volkstums in der Tschechoslowakei in Aussicht, wenn die Hausherren die deutsche Nationalpartei verlassen. Die Sorgen der „Zubeiendeutschen Tageszeitung“ werden von jedem verstanden werden. Bezweifeln möchten wir aber, daß die deutschen Bauern es begreifen werden, wozu der Landbund, die häßliche Organisation der deutschen Landwirte, diesen Ableger braucht. Es hat den Anschein, daß unsere deutschen Agrarier ihren tschechischen Freunden alles nachmachen müssen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob sie damit die Interessen der Landwirte fördern. Die Erfahrungen, welche das Bündnis mit der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft gebracht hat, scheinen schon vergessen zu sein und ebensowenig hat man eine Lehre daraus gezogen, daß die tschechischen Bauern, und vor allem die kleinen Landwirte und Hausler, immer schwerer daran tragen, daß die tschechische Agrarpartei sich weniger durch ihre Wünsche als durch die Forderungen eines kleinen Stängels von Hausherrenvertretern leiten läßt. Die schweren Kämpfe, welche sich in den letzten Monaten dort abgespielt haben, werden auch durch diese Gegenläufe hervorgerufen. Der Landbund scheint jetzt ebenfalls auf dem Weg zu einem

Bündnis zwischen den auszusprochenern Besitzklassen auf dem Lande und in der Stadt zu sein. Lange wird diese Tatsache den deutschen Kleinbauern und Hausler nicht verborgen bleiben.

Ein gelungener Betriebsauschuß.

In der Preßburger Maselfabrik wurden vor einiger Zeit die Wahlen in den Betriebsauschuß durchgeführt, wobei fünf Kommunisten und zwei Freigewerkschaftler gewählt wurden. Bei der Konstituierung wurde ein Kommunist zum Vorsitzenden gewählt. Kurze Zeit darauf leitete nun der Betriebsauschuß der Firma mit, daß er auf seine Funktionen verzichte. Da dies nach dem Gesetz nicht möglich ist, wollte die Firma wenigstens wissen, aus welchen schwerwiegenden Gründen sich der Betriebsauschuß zu diesem Schritte entschlossen hatte.

Und nun konnte man den gewundenen Erklärungen folgendes entnehmen: Die Kommunisten hätten — wahrnehmlich absichtlich, um die Institution des Betriebsauschusses in Mißkredit zu bringen — ihre „besten“ Leute kandidiert und den „allerbesten“ zum Obmann wählen lassen. Nach kurzer Zeit sah man, daß es auf diese Weise nicht gehen werde und so wollte sich der B.A. dem drohenden Debakle durch die Gesamtdemission entziehen. Er verlangt von der Firma nicht mehr und nicht weniger, als daß sie zur Kenntnis nehme, daß wegen der absoluten Unfähigkeit der kommunistischen Mitglieder und des kommunistischen Obmanns eine Arbeit nicht möglich sei. Das beschließen die Kommunisten im Betriebsauschuß selbst und attestieren sich solchermäßen vor dem Unternehmer ihre eigene Unfähigkeit.

Das war wohl noch während der bisherigen Geschichte des Betriebsauschusses noch nicht da. Aber abgesehen von der persönlichen Einschätzung, welche sich die kommunistischen Mitglieder des B.A. auf diese Weise bezeugen, muß grundsätzlich gesagt werden, daß es geradezu ein Verbrechen an den Interessen der Arbeiterschaft ist, in solch schweren Zeiten wie den heutigen die einzige Institution, welche den Arbeitern noch einigermaßen in den Betrieben zur Verfügung steht, auf diese Weise in Mißkredit zu bringen und lächerlich zu machen. So stellen sich die Kommunisten die wirksame Tätigkeit für die Interessen der Arbeiter vor!

Schwere Betriebswahlmiederlage der Falschkreuzler.

Dieser Tage wurden die Wahlen in den Betriebsauschuß der Firma Mülle und Melder (Drohfließfabrik) in Freistadt in Schlesien durchgeführt. Wahlberechtigt waren 384, abgegeben wurden 296 Stimmen, davon wurden für den Internationalen Metallarbeiterverband 207 Stimmen, er erhielt 6 Mandate, die Falschkreuzler erhielten 89 Stimmen und 2 Mandate. Früher war der ganze Betriebsauschuß von den Falschkreuzlern beherrscht und es wurde eine gegen die Arbeiter gerichtete Politik getrieben. Jetzt ist ein großer Umschwung zugunsten der freien Gewerkschaft eingetreten.

Arbeiter

kau t Euern Kindern den proletarischen Kindertalender „Freundschaft“

4
Franz Heller:
Der k. u. k. Sanitätsdickus

„Da muß ich aber wirklich lachen, Herr Doktor als Soldat, nein, wenn ich mir das vorstelle, aber Sie können nicht genommen werden, habe die Ehre.“

Der zweite meinte: „Ich an Ihrer Stelle ginge gar nicht hin, genommen können Herr Doktor so nicht werden.“

Der dritte: „Das möchte ich gerne leben, wie die Soldaten werden, bis der Herr Doktor auf der Waage stehen wird, aber brauchen kann man beim Militär solche Leute nicht, seien Sie froh, Herr Doktor.“

Die vielen Reden wirkten auf Emil aufreizend, er dachte, wenn die mich nur assentieren wollten, damit die Leute leben wie albern sie reden. Solche Gedanken überkommen einen in dem ungewohnten Zustand der Rückständigkeit. Denn diesmal hatte Emil nichts getrunken kein Alkohol vor dem Militär war offenbar größer als vor der Wissenschaft und das mit Recht: der Stabsarzt war entsetzt: „Das ist ein Kapital-schwein, was sind Sie von Beruf?“

„Mediziner.“ Der Stabsarzt lächelte verlegen und wälzte die Sohle wieder einrennen: „Ich habe gehört daß die Mediziner jetzt kein Bier mehr trinken, stimmt das?“

„Das weiß ich nicht, ich trinke niemals Alkohol.“

„So, und der Bauch kommt wohl vom Sodawasser, machen Sie sich keinen guten Tag aus mir.“

„Sodawasser trinke ich gerne.“

„Schon gut, aber brauchen können wir Sie trotzdem nicht.“

„Schade.“

„Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie sollen sich keinen guten Tag aus mir machen, sonst assentiere ich Sie wirklich.“

„Ach, das wäre schön!“

„Nein, habe ich genug Tanglich, mäßige Fettseligkeit Abtreiben! Der nächste!“

So war die I. u. L. Armee um den Einjährig-Freiwilligen-Mediziner Emil Reitsch verneigt. Schon der erste Befehl des Jagdführers Hofhansel hatte nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten: Zivilmontur ablegen, Uniform anziehen, dann hinaus auf den Gang zum Herrn Leutnant.“ Der erste Teil, das Ausziehen, ging verhältnismäßig leicht, aber der zweite!

„Herr Jagdführer, worauf legen Sie mehr Wert, ich weiß nämlich nicht, wo ich mit der Uniform meine Scham bedecken soll, ob vorne oder hinten, auf beides reicht es nicht.“

„Was geht das mich an, erzählen Sie das dem Herrn Stabsarzt, wenn er uns solche Soldaten schickt so soll er uns auch die Uniformen dazu liefern.“

Der Leutnant wurde ungeduldig: „Jagdführer, warum bekomme ich keine Meldung?“

„Es sind noch nicht alle fertig.“

Der Leutnant drängte: „Wieviele fehlen noch?“

„Einer.“

„Braucht der eine Amlerfrau oder was ist das für eine Primaballerina, heraus mit ihm!“

Nach einer Weile: „Also, was ist mit dem Kerl, noch nicht fertig?“

„Nein.“

„Dann soll er herauskommen wie er ist, sofort!“ Und Emil erschien, über die Amlie ging die Hose nicht heraus, die leeren Höschen blies er auf dem Boden wie wenn er keine Beine hätte mit dem Kopf war der rechte Unterarm bedeckt wobei der übrige Teil des Kleidungsstückes, der keine Bestimmung nicht finden konnte, nach Art einer Einfachsacke herunterhing. „Warum ziehen Sie sich nicht ordentlich an?“

„Ich melde gehoramt, es geht nicht.“

„Es muß gehen, verstanden? Es muß gehen, also geht es?“

„Es geht schon, aber ich gebe nicht hinein.“

„Und warum nicht, geben Sie Antwort!“

„Es besteht bis zu einem gewissen Grade ein Mißverhältnis in der Größe.“

„Sie sind auch ein Mißverhältnis! Jagdführer, Sie lassen den Mann so lange Laufschritt machen, bis er in die Hölle hereinkriecht. Die anderen rüden mit mir aus.“

Jagdführer Hofhansel ließ die Truppe abmarschieren und meinte dann: „Eigentlich haben wir es zusammen ganz gut getroffen, mit dem Laufschritt werden wir schön langsam sein, damit Sie nicht den Atem verlieren, jetzt holen wir uns den Regimentschneider und gehen mit ihm in die Kantine und dort können wir die Geschichte wegen der Montur besprechen, aber auf eines möchte ich Sie gleich aufmerksam machen, ich trinke nur Pilsener.“

Emil war der Vorschlag sehr sympatisch und Hofhansel sagte: „Die Schweine sa ein ganz unangenehmer Mensch zu sein.“ Der Regimentschneider versprach, sich die Arbeit zu unterstellen, daß man noch ein paar mal zusammenkommen möchte, bevor Emil so weit abmarschieren wäre, um mit den anderen anrücken zu können. Der Leutnant war nachlos; erst erklärte der Schneider seinen Stoff für die einzulebenden Höschen zu besitzen, dann hatte er seine Brille verschlagen, dann hatte er Postarbeit. Wäsche hängeln für die Frau Oberst und so fort. Nach einer Weile: aber gab der Leutnant den Befehl, Emil müsse in Zivilkleidern mit den anderen anrücken.

War schon ein Soldat von diesem Umfange weignat, das Interesse und die Heiterkeit des Publikum zu erregen, wieviel mehr erst ein Führer, die Front des Militärs erweiternder Zivilist; in großen Scharen folgte das Volk der Truppe, man stritt wer kein richtiger Hintermann wäre, denn sein Rücken deckte zweieinhalb

Soldaten; manche hielten ihn für den Major einer südamerikanischen Wacht, der kommandiert worden war, um die Verhältnisse in unserer Armee zu studieren, andere sagten, er sei der Wirtelmann, der nach den neuesten Vorschriften militärisch ausgebildet sein müsse, um der Truppe in den Krieg folgen zu können.

Endlich war die Uniform fertig geworden und man beschloß, vor dem Morgen der Entfaltung noch einen Abschied vom Zivil zu feiern. Der Korporal bei der Lortowache meinte: „Ich sehe da, um meinen Dienst, aber nicht, um ein Schwierigkeiten zu machen, wenn ein Zivilist die Kaserne verläßt, kann es mir nur recht sein, er hat in der Kaserne nichts zu suchen, aber ob er dann wieder hereinkommt, ist eine andere Frage.“

Emil genigte es vorläufig einmal draußen zu sein, auf das Wiederhereinkommen legte er kein Gewicht.

Gegen Mitternacht meinte Hofhansel, es wäre Zeit auszutrinken und aufzubrechen, um vor Ablauf der Lortowache in der Kaserne zu sein, allein davon wollte der Schneider nichts wissen: „Das ist eine Rücksichtslosigkeit gegen mich, ich habe die Arbeit mit der Uniform gehabt und jetzt, wo ich anfangen darf zu bekommen, wollt ihr gehen, geh, Jagdführer, wenn du Angst hast, uns ist Zucht fremd, nicht wahr, Herr Doktor?“

„Meine Herren, für mich ist es da schwer mitzugehen, ich bin ein Soldat, ich habe gelernt zu folgen, ich weiß nur nicht, wenn aber das eine muß ich sagen, hier gefällt es mir besser als in der Kaserne.“ Hofhansel warf noch einen nachsichtigen Blick auf die Gastschank und überließ eine Klumpene ihrem Schicksal. Bald darauf stürzte der Ober herein: „Naja, zahlen, meine Herren, die Garnisonspatrouille kommt.“ Der Regimentschneider machte sich aus dem Staube, die große Eile zwang ihn, das Ordnen der Zucht Emil zu überlassen, der als Zivilist nichts zu fürchten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Opposition hat leidet reden! Die Front der Staatsbeamtenretter

Prag, 25. November. Das Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst das Grenzstatut mit Polen an und befasste sich dann mit der Regierungsvorlage über die Einstellung der Wirksamkeit des Gesetzes vom Jahre 1890 über die Weihnachtzulage an die aktiven Staatsangestellten und Lehrer.

Der Referent Vanda erklärte, daß die Vorlage zwar unpopulär, aber leider unbedingt notwendig sei. Die Staatseinnahmen sinken rasch und rapid; neue Einnahmequellen zu erschließen, besteht keine Aussicht und der Staat darf daher nicht mehr ausgeben, als er einnimmt, wenn er nicht seine Grundlagen erschüttern will.

Der zweite Referent, Dr. Kofel, wies darauf hin, daß sich bereits zur Zeit der Einführung der Zulage vor zwei Jahren die ersten Anzeichen der schweren Krise bemerkbar machten und daß schon damals Zweifel ausgesprochen wurden, ob es möglich sein werde, die Ertragsminderungen der Vorlage zu behaupten.

Die Regierungsparteien begünstigten sich mit diesen Darlegungen der Referenten. Die Vorlage bringt ja niemandem eine Überraschung, denn es gibt wohl kaum einen Staatsangestellten, der angesichts der seit langem bekannten Ebbe in den Staatskassen noch ernsthaft mit der Auszahlung auch nur eines Teiles der Zulage gerechnet hätte.

Es waren die sozialistischen Parteien, auf deren Drängen die Zulage im Jahre 1930 noch eingeführt wurde, obschon damals ernste Krisenanszeichen sich zeigten. Es waren auch im Vorjahre wieder die sozialistischen Parteien, die es durchsetzten, daß wenigstens die unteren und mittleren Kategorien der Staatsangestellten die Zulage noch zur Hälfte ausbezahlt erhielten.

Die Opposition hat natürlich keine Sorgen, woher das Geld zur Auszahlung der Rentegehälter zu schaffen wäre. Die oppositionellen Redner setzten sich daher mit einem entsprechenden Kraft- und Phrasenaufwand gegen die Vorlage zur Wehr. Erst vor kurzem ging eine Resolution durch die Presse, daß in Sowjet, Rußland über 100.000 Staatsangestellte abgebaut und kurzerhand auf die Landwirtschaft und Industrie aufgeteilt wurden.

Herr Sium (Nat. Soj) erzählte auch nicht ein Wort darüber, wie seine Parteigenossen in einzelnen deutschen Ländern, wo sie zur Macht gelangt sind, die Beamtensgehälter reduzierten, sondern verdammt die Vorlage und alle kommenden Abbaugesetze in Grund und Boden. Herr Greif (Christlichsoj) war trotz aller Demagogie doch wenigstens so weit ehrlich, daß er sich in einem Änderungsantrag für heute mit der Streichung einverstanden erklärte.

Bei der Abstimmung machten sich die Kommunisten durch allerhand höhnende Zwischenrufe lästig. Die Vorlage wurde in beiden Lesungen angenommen; sie wird am Montag nachmittags bereits im Senat aufgelegt und voraussichtlich Dienstag verabschiedet werden.

Einige zweite Lesungen füllten die restliche Sitzung aus. Nächste Sitzung Dienstag, den 29. November, um 3 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Die unerledigten Punkte von heute.

Lärm in der Pariser Kammer.

Paris, 25. November. Die Kammer hielt eine Nachsitzung ab, die bis vier Uhr früh dauerte und einen stürmischen Verlauf nahm. Schließlich wurde mit 485 gegen 18 Stimmen eine Tagesordnung der radikalen Partei angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie in den Fluggeheimnissen gesprochen wird, besonders in der Aero-Dynamik geschaffen wird, die unter staatlicher Aufsicht die Verbindung zwischen Frankreich und Südamerika herstellt.

Wie bekommt die Soße letzte Feinheit?

Eine wirklich schmackhafte Soße darf nicht zu lang sein und nicht zu kurz, nicht wäbrig, aber auch nicht zu konzentriert. Mit Vitello-Margarine wird die Soße richtig. Ihr köstlich frisches Aroma gibt der Soße diese letzte Feinheit, deren Geheimnis keine Hausfrau gern verrät.



Die Arbeit der Siebenerkommission:

923,7 Millionen Abstriche in den Sachausgaben. Davon 560 Millionen durch Einnahmerückgang bei Post und Bahn absorbiert.

Prag, 25. November. Der siebengliedrige Ausschuss der koalitierten Parteien, der vor einigen Wochen auf Wunsch der Regierung zur Reduzierung der Ausgaben der Budgets eingesetzt worden war, hielt heute seine Schlusssitzung ab, in der eine Uebersicht über die Anträge ausgearbeitet wurde, die die Herabsetzung der Ausgaben in der eigentlichen Staatsverwaltung sowie auch die Herabsetzung der Ausgaben bzw. die Erhöhung der Einnahmen bei den staatlichen Unternehmungen zum Gegenstand haben.

Der siebengliedrige Ausschuss, der sich aus dem Vorsitzenden Dr. Cerny und den Mitgliedern Remes, Bergmann, Dr. Kofel, Saksenberg, Dr. Hodas und Windisch zusammengesetzt hat, wie es in einem offiziellen Kommuniqué heißt, durch drei Wochen hindurch in permanenter Tagung sorgfältig die einzelnen Budgetposten unter Mitarbeit der Fachreferenten durchgearbeitet; seine in jeder Richtung durchdachten Anträge sind das Ergebnis dieser Beratungen.

Table with 5 columns: Kap., Bezeichnung, Herabsetzung Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen, Herabsetzung der Einnahmen, Endresultat. Lists various state administration items like President, Ministry, Courts, etc.

Table with 5 columns: Kap., Unternehmen, Herabsetzung der Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen, Herabsetzung der Einnahmen, Endresultat. Lists state enterprises like tobacco, lottery, postal, etc.

*) Davon abzuziehen 90 Millionen an Mindereinnahmen. **) Davon abzuziehen 500 Millionen an Mindereinnahmen.

Sinken der Einnahmen um 500 Millionen und im Postministerium um 60 Millionen erwarten muß. Dieser Umstand vergrößert allerdings das erwartete Defizit und macht nach Ansicht des Ausschusses die Durchführung weiterer Ersparungen in den Sachausgaben notwendig.

Der Ausschuss hat sich in seinen Verhandlungen auf solche Sporanträge beschränkt, die im Budget selbst durchgeführt werden und sich in selbstevidenter Weise schon ab 1. Jänner 1933 auswirken können. Er ist sich dessen bewußt, daß es notwendig sein wird, insgesamt zu Verhandlungen über die Reorganisation der Staatsverwaltung zu schreiten.

Wir veröffentlichen nachfolgend in einer tabellarischen Uebersicht die nach den einzelnen Ressorts spezifizierten Streichungen und sonstigen Änderungen am nächstjährigen Budget. Alle Ziffern beziehen sich auf den allerdings noch nicht veröffentlichten Budgetentwurf für 1933, der im Sommer des Jahres vom Finanzministerium ausgearbeitet wurde.

Es ergibt sich daraus, daß in der eigentlichen Staatsverwaltung die vom Siebenerausschuss durchgeführten Kürzungen einen Betrag von 400.947.330 Kronen erreichen.

Im Budget der staatlichen Unternehmungen ergeben die vom Ausschuss durchgeführten Änderungen einen Betrag von 522.787.700 Kronen. Allerdings wird diese Summe dadurch aufgehoben, daß die Einnahmenschätzungen für das nächste Jahr im Postministerium 60 Millionen und im Eisenbahnministerium sogar um eine halbe Milliarde Kronen herabgesetzt werden müssen.

da es sich auf Grund der bisherigen Ergebnisse des heurigen Jahres gezeigt hat, daß die ursprünglichen Einnahmenschätzungen viel zu hoch gegriffen sind. Dadurch ergibt sich im Endresultat, daß gegenüber dem Entwurf des Finanzministeriums das Budget der staatlichen Unternehmungen sich um 37.212.300 Kronen vermindert. Allerdings sind dann schon die großen Reserven für den Einnahmerückgang in den beiden erwähnten Ministerien bereitgestellt.

Hat die Regierung zugestimmt?

Der Siebenerausschuss hat diese Vorschläge sofort an die Regierung weitergeleitet. Am Nachmittag fand bereits eine Sitzung des Ministerrates statt, in der, wie es in einem amtlichen Kommuniqué heißt, der Ausgabenteil des Entwurfes des Staatsbudgets sowie der Entwurf für die Budgets der staatlichen Unternehmungen für 1933 durchgelesen und gebilligt wurden.

Nach diesem Kommuniqué zu schließen, hat sich die im Interesse der Öffentlichkeit so dringend nötige Berichterstattung über die Arbeiten der Regierung auch unter dem neuen Ministerpräsidenten alles andere als verbessert. So haben es die Verfasser des heutigen Kommuniqués schon nicht mehr für notwendig gehalten, auch nur in der leichtesten Form auf die die Öffentlichkeit heute doch ganz besonders interessierende Frage einzugehen, ob die Regierung sich den oben beschriebenen Entwurf der (von ihr ausdrücklich gewünschten) Siebenerkommission zu eigen gemacht hat, beziehungsweise ob und in welchem Umfang daran Änderungen oder Streichungen vorgenommen wurden.

Der Ministerrat billigte ferner die Maßnahmen für die weitere Durchführung der Unterstützungsaktion für die Arbeitslosen in der nächsten Zeit (auch hier fehlt jede weitere konkrete Angabe!) und bekräftigte die angekündigte Exekutionsnovelle.

Eine amtliche Darstellung über die Schießerei vom Polomta.

Prag, 25. November. Heute wurde im Abgeordnetenhause die schriftliche Antwort der Regierung auf die Interpellation der Koalitionsparteien über die Schießerei in Polomta aufgelegt.

Es heißt darin, daß die Forderung, die am 12. November exekutiv eingetriben werden sollte, 804 K für gelieferte Rohungsmittel betrug. Zur Festsetzung sollte der Hausanteil der Anno Lohar gelangen, der vom Gemeindevorsteher auf lediglich 505 K geschätzt wurde. Die ursprünglichen 28.000 K behandelt habe, wären demnach stark übertrieben. Die Exekution wurde vereitelt, wobei der Exekutor durch Steinwürfe vertrieben wurde. Als später die ersten Verhandlungen erfolgten, habe eine planmäßige kommunistische Agitation eingesetzt. Am 16. November sei die Gendarmerie, die weitere Verhaftungen durchführen sollte, von einer bewaffneten Menge von etwa 1000 Leuten angefallen worden, die auf Alarm signale herbeieilten und mit Steinen, Treibschnecken, Äxten usw. bewaffnet waren.

Die sofort entsandete Untersuchungskommission habe erklärt, daß der Waffengebrauch nach dem Gesetz begründet war. Die Leute in Polomta seien von der Natur aus reizbar und durch Alkoholgenuss noch leichter der Erregung zugänglich. Die Arbeitslosigkeit hätte es gewissenlosen Elementen erleichtert, eine verhältnismäßig unbedeutende Angelegenheit, wie es eine Exekution wegen einer verbotenen Forderung sei, zu einer gefährlichen Agitation auszuweiten. Die leichtgläubigen Leute seien von kommunistischen Agitatoren durch Reden aufgehetzt worden, daß die Leute in Karpaten ruhlos kämpften. Die Exekutoren vertreiben und daß es der Gendarmerie verboten sei zuzuschließen.

Da bereits Ruhe eingekehrt sei, werde die Gendarmerie in den nächsten Tagen abberufen werden. Eine ganze Reihe von Personen wurde in Haft genommen, die der Anstiftung der Unruhen verdächtig sind. Ueber einen eventuellen Schadenersatz an die Hinterbliebenen der Getöteten werde nach dem Gesetz 187/1920 entschieden werden.

„Sein oder Nichtsein“

— Ist nicht mehr die Frage

oder:

„Die Malkäfer, die am Boden kriechen.“

So ganz verlassen hat „Der Tag“ den Hitler nicht. Er tat seinerzeit nur so — aus bestimmten, hier nicht näher zu erörternden Gründen — und heute ist seine Gefinnungsgemeinschaft mit Hitler schon wieder hergestellt. Heute? Gestern war sie es, da immer noch Aussicht bestand, daß Hitler Kanzler wird. Vielleicht ist er für den „Tag“ heute schon wieder die Primadonna, so daß also sein dritter von uns vorausgesagte Verrat an Hitler schon fällig geworden wäre.

Gestern — ja, gestern ging es nach dem „Tag“ (siehe Leitartikel) um „Sein oder Nichtsein“: wird Hitler Kanzler sein, wird er es nicht sein? Und das deutsche Volk sah vergnügt einem Blindfuß-Spiel zu, das man in der Demokratie noch nie zu sehen gekriegt hat: es sah den „Führer“ eingeklemmt zwischen Nachhunger und Angst, es sah ihn, den Kühnen, Großen, ratlos im Kreise seiner Ratgeber, sah, wie er von den Straffer, Goebbels und Frid als Faustball in die Reichsfangsel und von dort zurückgeworfen wurde. Und „Der Tag“, den Ereignissen immer um vierundzwanzig Stunden nachströmend, freut sich in der Freitag-Ausgabe noch immer dessen, daß „die große nationalsozialistische Bewegung ihren Führer und die in ihr schlummernden gewaltigen Kräfte positiv zum Aufbau Deutschlands zur Verfügung stellt“. (Bisher geschah das negativ, wie auch der in diesen Tagen bekannntgewordene Urteilspruch im Eldenburger Bombenversterprozess beweist, der einen Nazi-Reichstagsabgeordneten wegen schweren Verbrechen auf einige Jahre ins Zuchthaus schickt.) „Das ist die große, geschichtliche Bedeutung und die gewaltige Wendung in den letzten Tagen.“

Es sollte alles gut werden in Deutschland, denn: „Das große Altium dieser Tage ist das wiederhergestellte Vertrauen zwischen Hindenburg und Hitler.“ Ei, gehst denn nicht! Der „Tag“, Redaktion wird heute rot vor den Augen geworden sein, als sie die Nachrichten der anderen Blätter mit ihrem eigenen Leitartikel verglich; sie ist in dem Bestreben, dem nebbich angebenden Kanzler wieder hinten hineinzukriechen, halt ein bißchen zu weit gegangen und muß in der nächsten Ausgabe des Grubenhundeblattes das gerade Gegenteil berichten, sie, die so großmütig war, auf die Form, in der Hitler zur Macht kommt, seinen Wert zu legen, weil ihr nur „maßgebend“ ist, ob der Führer der größten politischen Bewegung Deutschlands überhaupt zur Führung der Reichsgeschichte kommt.

Man sieht in den Spalten des „Tag“ geradezu das tief ergriffene Herz seiner Redakteure schlagen, da sie von der „großen geschichtlichen Stunde“ schreiben, die „Bedeutung und Wert weit über den Tag hinaus“ hat — und nun doch nur im „Tag“ erfüllt ward.

Es hat allerdings Leute gegeben, die dem Spiel Hitler-Hindenburg mit geringeren Bindungen in Herz und Bauch zusahen, als der „Tag“, der darob also über sie richtete:

Nur die politischen Malkäfer, die immer am Boden kriechen und sich auf der Suche nach Futter sind, können diese Bedeutung und Wendung nicht erkennen, weil sie nicht entwicklungs-geschichtlich zu denken vermögen und blind und taub vor lauter „Parteiliebe“ sind.

Da hat „Der Tag“ selbst den — sicherlich nicht zureichenden — Versuch unternommen, der einmal behauptete, daß „jeder weiß, was ein Malkäfer für ein Vogel sei“ und so den nicht naturkundigen immerhin die Vorstellung vermittelte, daß die Malkäfer fliegen. „Der Tag“ meint vielleicht die Engeringe, die zwar blind und taub sind, aber nicht „am“ Boden, sondern in ihm kriechen. Aber wir schreiben November und bei dem kurzen Gedächtnis der „Tag“-Redakteure ist es kein Wunder, daß ihnen die Lebensweise der Malkäfer unbekannt ist, die nicht „am“ Boden, sondern „in“ der Sprache des „Tag“ zu reden, „am“ Baum zu leben, und, wenn sie in der abendlichen Dämmerung fliegen, auch in m e n — und zwar ein viel verständlicheres Deutsch als die „Tag“-Redakteure schreiben.

Aber die politischen Malkäfer, die für die geschichtliche Größe Hitlers blind sind und seine verpöhten Gelegenheiten beim richtigen Namen nennen, sind nicht so harmlos, wie sie scheinen. Sie sind es, die das Fehlschlagen der Hitlerischen Bemühungen verschuldet haben. Was kann selbst ein Hitler tun, wenn „allerlei dunke Mächte, bei denen Juden und Freimaurer die Hauptrolle spielen, ununterbrochen am Werk sind, um den Weg des nationalsozialistischen Führers zur Führung der Reichspolitik zu verstellen und mit Fußangeln zu belegen“?

Sein oder Nichtsein — das war gestern die Frage; heute jedoch nicht mehr. Heute hat sich dem großen Trommler — wie lange wird das Fell noch halten? — der Trompeter gestellt, der die zwar schöne, aber wehmütige Melodie spielt: „Rehüt dich Gott, es wär so schön gewesen, behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein.“

Sein oder Nichtsein? Nun, „Der Tag“ ist noch immer. Er ist nun sogar an der Spitze geworden in der Fabrikation von Grubenbuden: jeder Artikel, den er über Hitler schreibt ist ein Brauchsgemälde, das laut und fröhlich bellt.

Tagesneuigkeiten

Piccard will zwei Amerikaner in die Stratosphäre schicken,

weil ihm selber dort zu kalt ist.

Brüssel, 25. November. Professor August Piccard, der den Rekord im Flug in die Stratosphäre erreichte, wird im Jänner 1933 nach den Vereinigten Staaten reisen, um zwei amerikanische Forscher, deren Namen bisher geheim bleiben, in alle Zonen, die den Stratosphärenflug mit dem Ballon betreffen, einzuweisen und mit ihnen die entsprechenden Vorbereitungen zu einem neuen Ballonflug zu treffen. Professor Piccard selbst wird aber an dem Fluge nicht teilnehmen, da er, wie er erklärte, die schreckliche Kälte, die in der Stratosphäre herrscht, nicht ertragen könnte. Der neue Versuchsballon in die Stratosphäre wird im Jahre 1934 im Gebiete der Hudsonbay vorgeführt werden.

Amolläuter tötet sechs Personen.

Seattle (Staat Washington), 25. November. Ein Philippine lief in den Straßen der Stadt Amot und schlug eine große Anzahl von Passanten nieder. Insgesamt wurden sechs Personen getötet und mehr als zwölf verwundet, bevor der Rasende ergriffen und kampfunfähig gemacht werden konnte.

Versicherungsschwindler vor Gericht.

Von 148 Angeklagten, die sich vor dem erweiterten Schöffengericht zu Oppeln wegen Versicherungsbetruges zu verantworten hatten, wurden 54 mit Geldstrafen bis zu 50 Mark, 6 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Verurteilten, durchweg keine Leute aus Poppelau und Chroschütz (im nordwestlichen Teil des Oppelner Landkreises) haben sich hinsichtlich Krankheitsberichterstattung von Versicherungsgesellschaften Krankengelder beziehen zu können. Die Betrügereien liegen bereits mehrere Jahre zurück. Die Summen, um die die Gesellschaften, zumeist Zeitschriftenversicherungen, geschädigt wurden, schwanken bei den einzelnen Angeklagten jeweils zwischen 40 und 350 Mark. 150 Personen hatten sich bereits in Einzelverfahren zu verantworten. Die Methode des Betruges: Einige der Angeklagten schmierten auf künstlich wund geriebene Körperstellen eine für Pferde bestimmte Hautsalbe, die auf dem menschlichen Körper gefährlich aussehende Ausschläge hervorruft. Auf Grund dieser „Erkrankungen“ ließen sich die Versicherer Unfallrenten und Krankengelder auszahlen; andere Angeklagte erlitten Stürze vom Fahrrad oder von der Treppe. Die Päder des Betrugsgebaltens waren die Versicherungswerber. Sie verdienten reichlich an den sich häufenden Versicherungsbetrüben, außerdem durch den Verkauf der Pferdealbe, die begreiflicherweise reichend den Abwas fand. Einem mitangeklagten Arzt in d einem Heilkundigen wurde zur Last gelegt, daß sie massenhaft Krankheitsbescheinigungen ausstellten, ohne jemals die „Erkrankten“ und „Verunglückten“ gesehen zu haben. Die Würde des Gerichts erklärt sich wohl damit, daß das Moment der Verführung bei den meisten der Angeklagten sehr groß gewesen ist.

„Ja.“ „Der Führer“, „Die Hoffnung Deutschlands“, „Die Zurechtweisung von Millionen“ — das sind einige der Lobhudeleien an Hitler, die in der nationalsozialistischen Presse Tag um Tag zu lesen sind. Gottbegnadet scheint Hitler den vielen Nachläufern des Nationalsozialismus; den Dalken und Tanten beim Kaffeestisch und in der guten Stube, den Jungfrauen, die ihm bei seinen „Siegeszügen durch Deutschland“ Blumen überreichen, den SA-Leuten, die unter seiner Führung in den Himmel des Dritten Reiches kommen wollen. Nicht mehr die Demokratie soll gelten, deren Hauptmerkmal der Kaufhandel sei, sondern der kraftvolle Wille des Einzelnen, der da kommt, sieht und entscheidet. Nicht Köpfe sollen das Volk führen, sondern der eine Kopf. Und wer die Aeußerungen des Herrn Hitler liest, wird sagen müssen, daß wenigstens die Art ihrer Stillschreibung sein „Gottesgnadentum“ offenbart. In dem letzten Schreiben an den Staatssekretär Reichner beginnt jeder Satz mit dem Wortchen „Ja“. Siehe, wie ein Mensch! — Und doch ist dieser Brief nichts anderes als das Ergebnis langwieriger Beratungen, die Hitler mit seinen Parteifreunden tags- und nachtslang im Hotel „Kaiserhof“ abhielt. Der göttliche Führer verachtet also mit nichten auf den Rat seiner Freunde, im Gegenteil: er kann ohne ihn nichts anfangen; seine Aufgabe innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung ist es jedoch, das, was seine Klique erarbeitet, als seinen Willen, seinen Entschluß zu verklären, auf daß die Masse an ihn, den „Führer“, glaube. „Ja“ — das ist Annahmung aus agitatorischen Gründen, das ist ein Wortchen, hinter dem sich das Hitlerische Nichts verbirgt und die Tatsache, daß nicht einmal innerhalb der fascistischen Bewegung der eine Kopf regiert, sondern eben einige Köpfe. Das „Ja“, „Der Führer“ — das ist ein Schwundel, für jene berechnet, die immer etwas zum Anbeten brauchen.

Wucherpreise in den Bahnhofsrestaurants. Man empört sich mit Recht darüber, daß die Preise der Lebensmittel in dieser Zeit des gewaltigsten Warenüberschusses im Zeigen begriffen sind. Diese Preissteigerungen und die damit verbundene Ausplünderung des Volkes sind aber im Verhältnis geringfügig gegenüber den wahren Wucherpreisen, die man heute noch vielfach in den Bahnhofsrestaurants findet. So kostet beispielsweise am Buffet des Bahnhofs in Kassel eine „Schinkenwurst“ drei Kronen. Um diese drei Kronen bekommt man eine altbackene Semmel, auf welcher pro forma ein klein wenig Butter aufgeschmiert ist, während zwischen den beiden Semmelhälften eine dünne Schibe Schinken liegt. Die Herstellungskosten dieser Semmel betragen gewiß nicht einmal eine Krone; es wird also mit einem Profit von mindestens 200 Prozent, aber noch mehr, gearbeitet. Während man heute schon um vier oder fünf Kronen ein warmes Mittagessen bekommt, getraut sich ein Bahnhofsrestaurantier, von den Reisenden, die darauf angewiesen sind, sich während der Fahrt eine Kleinigkeit zum Essen zu kaufen, solche Schandpreise. Dabei ist diese Preispolitik auch vom geschäftlichen Standpunkt so schlecht das dümmste, was man sich vorstellen kann, weil sich ein Reisender vielleicht einmal, aber kein zweitesmal mehr aufspierrt, nachdem er beim Selber um denselben Preis beinahe zehn Telo Schinken bekommt. Die Staatsbahndirektionen haben ja gegenüber den Bahnhofs- und Bahnhofsrestaurants bestimmte Kontrollbefugnisse hinsichtlich der Preisgestaltung. Sie sollten sich nicht nur auf die Überwachung der Speisekarten beschränken (auch hier sind die Preise meist in gar keinem Verhältnis zu jenen, wie sie heute schon in den Gastwirtschaften üblich sind), sondern auch den Buffetpreisen ihre Aufmerksamkeit widmen. —

Rein höherer Ertrag durch die Erhöhung der Tabakpreise. Die Tabakregie hat mit der Preis-erhöhung schlechte Erfahrungen gemacht, da trotz der höheren Preise der Ertrag nicht gestiegen ist. So werden die Gesamteinnahmen der Tabakregie vom Jänner bis September mit 1616 Millionen K angegeben, das ist ungefähr gleich hoch wie im Vorjahre. Gegenüber dem Präliminare bleiben die Einnahmen mit 202 Millionen im Rückstand. An den Staat führte die Tabakregie vom Jänner bis September insgesamt 956 Millionen ab, das ist um 60 Millionen weniger als im Vorjahre, und um 124,9 Millionen, d. i. um 12 Prozent, weniger als im Präliminare vorgesehen war.

Raubmord. In Döbenstedt bei Magdeburg wurde Donnerstag früh die 67 Jahre alte Frau Dürer in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die Mörder haben die Wohnung durchsucht und verschiedene Behälter zerbrochen.

Die Vergunungsarbeiten auf dem Delbrück-Schacht in Obersachsen, auf welchem eine Strecke von etwa 80 Meter Länge zu Bruch gegangen ist, werden nun auch von der westlichen Seite aus fortgesetzt, wo man schneller vorankommt. Von den vier Eingeschlossenen wurden nicht mehr Klopfigen gehört.

Im Zusammenhang mit den Unruhen in Genf vom 9. November wurden zahlreiche „unerwünschte“ Ausländer in den letzten Tagen ausgewiesen.

Teures Gold. Auf dem Londoner Marke erreichte am Freitag der Goldpreis das höchste Niveau, das er je aufzuweisen hatte, nämlich 127 Schilling 8 Pence pro Unze.

Eine Schwarzbrennerei ausgeheben. Die Zollabhandlung in Düsseldorf hat festgestellt, daß in einer von einem Brennereibetrieb aus Köln in Hilden betriebenen Brennerei seit etwa sechs Jahren im größten Umfange Schwarzgebrannt worden ist. Es wurden stets doppelt und dreimal soviel Getreide einge-malzt, als angemeldet worden war. Der weberzielte Branntwein wurde auf raffinierte Weise heimlich abgeleitet. Die Menge des verhöbenen Alkohols wird auf etwa 200.000 Liter veranschlagt. Die Brennerei wurde geschlossen, die Einrichtung und die Spiritusvorräte wurden beschlagnahmt.

SA-Uniformen mit Krankenscheiteln be- zahlt. Aus Braunschweig wird berichtet: Der SA-Führer Bunge hat als Angestellter einer Landkassensache 15.000 Mark unerschlagen. Die Beiträge der Mitglieder mußten, um diesen Verlust auszugleichen, von 4% auf 7 Prozent erhöht werden. Der Vorstand der Krankenkasse stellte gegen Bunge Strafantrag. Das Verfahren gegen den Spitzhaken ist jetzt jedoch auf Grund des braunschweigischen Anmerktegesetzes eingestellt worden, weil Bunge das Geld angeblich für politische Zwecke verbraucht hat. Der Betrüger behauptet nämlich, das gestohlene Geld zum Kauf von SA-Uniformen für die SA-Schule in Kreifeldern verwendet zu haben. Die Staatsanwaltschaft legte insofern gegen den Einstellungsbeschluss Beschwerde ein. Das Braunschweigische Oberlandesgericht wies die Beschwerde der Staatsanwaltschaft jedoch zurück, so daß Bunge außer Verfolgung bleibt. Das braunschweigische Anmerktegesetz ist so ungeschicklich einseitig, daß Reichsbankverleumdungen, die mit einer Bundesverletzung in der Hand gefaßt worden sind, nicht anmerktiert werden, während SA-Spitzhaken frei ausgehen.

Ausbreitung des Satans. In Koshof im Edenwald besteht eine Zonsgemeinde, die aber ein Bethaus und ein Erholungsheim für fessliche Kranke verfügt. Gewisse Methoden der hier ausgeübten Krankenheilung und des Gesundbelens haben das öffentliche Interesse auf sich gelenkt. Nach Ansicht der Zeltler sind allein die Zwooflern und Brüder der Zonsgemeinde reine und sünderfreie Menschen, während sie in allen Richtungsmitgliedern der Zelle vom

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag. Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Konzert, 15.30 Konzert, 18.00 Deutsche Sendung: Wägnerswald-Perlmalabend, 19.00 Musikal. Denkmalfeierlichkeiten aus dem Strahower Kloster, 21.00 Konzert, 22.30 Jazzmusik. — Wien: 16.00 Orchesterkonzert, 18.00 Deutsche Sendung: Orchesterkonzert. — Freiburg: 17.45 Orchesterkonzert, 20.00 Musik. — Berlin: 18.15 Beethoven, 20.00 „Drei alte Schachteln“. — Breslau: 20.00 Volkskonzert. — Mülhader: 14.20 Musik mit Harfe. — Hamburg: 15.00 Brudners „Te deum“. — Königsberg: 18.00 Däpreußische Volkslieder. — Langensorg: 20.00 Volkskonzert. — Leipzig: 15.00 Das Gewandhausquartett spielt. — München: 18.35 Lieder, 20.00 Wagner-Vokal-Abend. — Wien: 15.30 Kammermusik, 18.35: Haydn, 22.30 Tanzausf. —

Zalan besessene Menschen sehen. Leiterin der Zelle ist eine Frau, deren neunzehnjährige Tochter an epileptischen Anfällen leidet. Die Mutter und andere Zellenmitglieder haben dieses Mädchen nun schwer mißhandelt, um den Zalan aus ihm herauszutreiben und den Widerstand des Mädchens gegen die Aufnahme in die Zelle zu brechen. Im Zusammenwirken mit anderen Zellenmitgliedern hat die Mutter ihre Tochter so schwer geprügelt, daß sie blutend zusammenbrach. Die Häftlingsfrauen sind von der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen worden, darunter auch die Mutter des Mädchens, die allerdings wegen einer schweren Herzkrankheit nach ihrer Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Erste Internationale Jugendherbergs-Konferenz. In der Zeit vom 19. bis 22. Oktober 1932 traten Vertreter verschiedener Jugendherbergsorganisationen aus elf Ländern in Amsterdum zur ersten internationalen Konferenz zusammen. Die Konferenz behandelte eine Reihe von Empfehlungen an die nationalen Organisationen, um das Jugendwandern über die Grenzen der eigenen Staaten hinaus möglichst zu erleichtern. Einmütig wurden einige Resolutionen gefaßt, in denen die Bevölkerung zur weitest möglichen Unterstützung des Jugendherbergsbewerkes aufgefordert wurde und die Regierungen und öffentlichen Körperschaften ersucht werden, das Jugendherbergsbewerke auch während der Krise zu fördern und zu unterstützen. Betreten waren die Jugendherbergsorganisationen von Deutschland, Holland, England, Irland, Frankreich, Schwiz, Polen, Norwegen, Dänemark und der Verband für deutsche Jugendherbergen in der Tschechoslowakei mit dem Bize in Aussicht.

Vergünstigungen für Winterportler. Wir machen aufmerksam, daß bei der in einigen Blättern erschienenen Notiz ein Irrtum unterlaufen ist insofern, als der Arbeiter-Touristenverein als beginnender Verband angeführt wird. Richtig soll es lauten: „Verband für Arbeiter-Winter-Touristik, Die Prag.“ Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, die städtischen Arbeiter-Touristen, der Arbeiter-Tourist- und Sportverband Kassel, und der städtische Arbeiter-Touristenverein gehören diesem Verbande an. Die Mitglieder dieser Verbände müssen sich auf den Bahnen mit einer Mitgliedskarte des obgenannten Verbandes für W. T. ausweisen. — Näheres bei den Ortsgruppen der Naturfreunde

Steigender Mineralwasserverbrauch. In den letzten zehn Jahren ist der Verbrauch an Mineralwasser von 9 Millionen Liter im Jahre 1921 auf 25.116.200 Liter im Jahre 1930 gestiegen. Da die Anzahl unbedeutend ist, ist die erfreuliche Zunahme fast ganz auf das Konto des Inlandsverbrauchs zu buchen. Die Preise sind durch die Konkurrenz auch endlich billiger geworden; man bekommt schon ein gutes Mineralwasser, wie z. B. Röhrlere, für 2,40 Kronen die 1½-Liter-Flasche, also billiger als Bier. Leider werden aber in den Bahnhofsrestaurants noch immer Phantompreise für eine kleine Flasche „Gießhühler“ berechnet. Der Verbrauch an Sodawasser ist von 12.720.380 Liter im Jahre 1921 auf 32.567.351 Liter im Jahre 1930 und von Limonaden von 17.177.197 Liter auf 28.720.380 Liter gestiegen.

Die Zentralheizung in den Katalomben. Die Untersuchung in der Angelegenheit der Einsturz katastrophe in der Kreuzkirche in Warschau ergab, daß die Katastrophe durch Unvorsichtigkeit einer Baufirma herbeigeführt wurde, die in den Katalomben der Kirche eine Zentralheizung installierte und es unterlassen hatte, den Kirchenboden entsprechend zu stützen

Eine gekrümmte Krankengeschichte liegt einem Gorka. Die beiden Liebhaber des Londoner Zoos, das Gorka-Paar Wolf und Moira, sind krank. Das gefährliche Winterwetter bedroht diese jarten Geschöpfe. Aber während Moira, das Weibchen, nur eine schlimme Erkrankung hat, leidet Wolf an einer Lungenerkrankung, die eine große Gefahr bedeutet. Man hat einen Teil des Käfigs in ein Krankenzimmer verwandelt und hier wird der Affe gepflegt wie ein Mensch, der sich's leisten kann. In Lächer eingehüllt liegt er auf einem Bett, atmet warme Dämpfe ein und nimmt seine Medizin in regelmäßigen Zwischenräumen. Ein Sauerstoff-Apparat steht zur Hand, wenn es notwendig sein sollte, ihm Sauerstoff zuzuführen. Der berühmte Kranke befindet sich nicht nur unter ständiger ärztlicher Aufsicht, sondern er wird Tag und Nacht von einer geprüften Krankenschwester gepflegt. Mehrere Schwestern wechseln in diesem Dienst bei ihm ab. Unter dessen hoch die lustige Moira hinter dem Traktgitter, das ihren Aufenthalt von dem Krankenzimmer trennt, und blickt mit ihren dunklen Augen ängstlich und mitleidig auf den Gefährten und seine sonderbare Umgebung. Wie viele trauere Menschen, denen nicht geholfen wird, werden denken: in dieser kapitalistischen Welt muß man ein Affe sein!

